

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/026(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 11.11.2010	Ratssaal	14:00Uhr	20:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 25.(V) Sitzung vom 14.10.2010
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat

5.1	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (Eb KGm) BE: Oberbürgermeister	DS0426/10
5.2	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0239/10
5.3	Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0374/10
5.4	Satzung über die Benutzung der städtischen öffentlichen Grünanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg (Grünanlagensatzung) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0168/10
5.4.1	Satzung über die Benutzung der städtischen öffentlichen Grünanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg (Grünanlagensatzung) Ausschuss KRB	DS0168/10/ 1
5.4.2	Satzung über die Benutzung der städtischen öffentlichen Grünanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg (Grünanlagensatzung) Fraktion CDU/BfM	DS0168/10/ 2
5.5	Jahresabschluss 2009 der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0444/10
5.6	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2010 der Magdeburger Hafen GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0493/10
5.7	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2010 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0494/10
5.8	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes theater magdeburg BE: Bürgermeister	DS0302/10

5.9	Neufassung der Satzung des Eigenbetriebs Theater Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0169/10
5.10	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg (EB PTH MD) BE: Bürgermeister	DS0355/10
5.11	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann BE: Bürgermeister	DS0268/10
5.12	Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann BE: Bürgermeister	DS0360/10
5.13	Grundsatzbeschluss Sanierung Sportplatz Hermann-Hesse-Straße BE: Bürgermeister	DS0304/10
5.14	Behandlung der Stellungnahmen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 366-3.1 "Mühlenpark Diesdorf" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0317/10
5.15	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 366-3.1 "Mühlenpark Diesdorf" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0316/10
5.16	Behandlung der Stellungnahmen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 223-1.1 "Liebknechtstraße 27" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0342/10
5.17	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 223-1.1 "Liebknechtstraße 27" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0337/10
5.18	Abwägung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 444-1 "Neu Reform" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0371/10
5.19	Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 444-1 "Neu Reform" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0372/10

5.20	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 366-3.2 "Am Neuber" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0227/10
5.21	Bebauungsplan Nr. 368-1 A "Kümmelsberg Westseite", Teilbereich A - Änderung des Geltungsbereiches und Weiterführung zur Satzung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0313/10
5.21.1	Bebauungsplan Nr. 368-1 A "Kümmelsberg Westseite", Teilbereich A - Änderung des Geltungsbereiches und Weiterführung zur Satzung Ausschuss StBV	DS0313/10/ 1
5.21.2	Bebauungsplan Nr. 368-1 A "Kümmelsberg Westseite", Teilbereich A - Änderung des Geltungsbereiches und Weiterführung zur Satzung Fraktion Bündnis90/Die Grünen	DS0313/10/ 2
5.21.3	Bebauungsplan Nr. 368-1 A "Kümmelsberg Westseite", Teilbereich A - Änderung des Geltungsbereiches und Weiterführung zur Satzung Fraktion CDU/BfM	DS0313/10/ 3
5.22	Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 235-3 "Neustädter Straße/ An der Magdalenenkapelle" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0382/10
5.23	Einziehung des Parkplatzes Agnetenstraße und der Wegeverbindung Agnetenstraße/ Agnetenstraße Nr. 24 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0397/10
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Gewinnung von zukünftigen Fachkräften Fraktion CDU/BfM WV v. 24.06.2010	A0094/10
6.1.1	Gewinnung von zukünftigen Fachkräften Fraktion CDU/BfM	A0094/10/1
6.1.2	Gewinnung von zukünftigen Fachkräften	S0182/10

6.2	Livemusik auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt Fraktion CDU/BfM WV v. 24.06.2010	A0095/10
6.2.1	Livemusik auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt	S0189/10
6.3	Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Behinderten Gesundheits- und Sozialausschuss WV v. 19.08.2010	A0097/10
6.3.1	Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Behinderten	S0222/10
6.4	Waren- und Güterumschlag aus Asien im Magdeburger Hafen FDP - Fraktion	A0105/10
6.4.1	Waren- und Güterumschlag aus Asien im Magdeburger Hafen	S0213/10
6.5	Deutlichere Kenntlichmachung der Querung des Radfahrweges in Richtung Damaschkeplatz mit der Auf- und Abfahrt zur Tangente B71 FDP - Fraktion WV v. 19.08.2010	A0107/10
6.5.1	Deutlichere Kenntlichmachung der Querung des Radfahrweges in Richtung Damaschkeplatz mit der Auf- und Abfahrt zur Tangente B71	S0214/10
	Neuanträge	
6.6	Erhalt der GS Westerhüsen FDP - Fraktion	A0148/10
6.7	3. Oktober 2011 und Jugend im Stadtrat FDP - Fraktion	A0149/10

6.8	Bushaltestelle in der Beimsstraße FDP - Fraktion	A0153/10
6.9	Graffiti-Projekt Lärmschutzwand Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0156/10
6.10	Benennung "Straße bzw. Platz der Deutschen Einheit" in Magdeburg Fraktion CDU/BfM	A0155/10
6.11	Prioritätensetzung Förderprogramme Fraktion CDU/BfM	A0159/10
6.12	Evaluierung der Magdeburger Hundeauslaufwiesen Fraktion DIE LINKE	A0168/10
6.13	Barrierefreie Gestaltung der Haltestelle Agnetenstraße Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0161/10
6.14	Wiederherstellung des ehemaligen Kinderspielplatzes Goethestraße/Martinstraße Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0162/10
6.15	Sporthalle Buckau Interfraktionell	A0163/10
6.16	Personalumsetzung Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0166/10
6.17	"Otto macht Wind" Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0167/10
6.18	Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Bereich Kreuzung Große Steinernetischstraße/Breiter Weg Interfraktionell	A0169/10
6.19	Sicherung des 9. Internationalen Figurentheaterfestivals "Blickwechsel" 2011 BA Puppentheater	A0100/10
6.20	Beteiligung am 5. Bundeswettbewerb kommunaler Suchtprävention Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0147/10

6.20.1	Beteiligung am 5. Bundeswettbewerb kommunaler Suchtprävention Fraktion DIE LINKE	A0147/10/1
6.21	Ersatzbeschaffung Fahrbibliothek Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Fraktion DIE LINKE	A0150/10
6.22	Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien FDP - Fraktion	A0151/10
6.22.1	Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0151/10/1
6.23	Verkehrskonzept vor Grundschulen Fraktion SPD - Tierschutzpartei - future!	A0154/10
6.24	Ausstellung "Was damals Recht war...- Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht" Fraktion DIE LINKE	A0157/10
6.25	Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 Fraktion DIE LINKE	A0158/10
6.26	Abwanderung (junger) Frauen stoppen Fraktion DIE LINKE	A0160/10
6.27	Prüfung der verausgabten Mittel zur Dachmarkenkampagne Ottostadt Fraktion DIE LINKE	A0165/10
6.28	Erkennbarkeit Ulrichskirche Interfraktionell	A0164/10
6.29	Teilnahme am European Award of Excellence 2011 "City for Children" Fraktion DIE LINKE	A0170/10
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	

8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9	Informationsvorlagen	
9.1	Jahresbericht der Kinderbeauftragten für das Jahr 2009	I0196/10
9.2	Tätigkeitsbericht Amt für Gleichstellungsfragen 2009/2010 (1. Halbjahr)	I0227/10
9.3	2. Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn in der Landeshauptstadt Magdeburg - Bauabschnitt 2 - Wiener Straße WV v. 14.10.2010	I0167/10
9.4	Kompensation der Reduzierung bzw. des Wegfalls der Städtebauförderung für das Sanierungsgebiet Buckau WV v. 14.10.2010	I0191/10
9.5	Stadtteilmanager Neu Olvenstedt WV v. 14.10.2010	I0222/10
9.6	Wirtschaftliche Vertretbarkeit einer Ausschüttung aus der Kapitalrücklage der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH WV v. 14.10.2010	I0226/10
9.7	Einwohnerversammlung des Oberbürgermeisters im Jahr 2011	I0249/10
9.8	Einladung zur Einwohnerversammlung für die Stadtteile Cracau, Prester, Pechau und Randau-Calenberge	I0250/10
9.9	Jahresbericht 2009 der AG "Graffiti" des Kriminalpräventiven Beirates; Stand der Bekämpfung von illegalen Graffiti und Schmierereien in MD	I0183/10
9.10	Konzept für Alkohol- und Tabak-Testkäufe in Magdeburg	I0206/10

9.11	Ausgang des Normenkontrollverfahrens über die Hundesteuersatzung der Landeshauptstadt Magdeburg	I0200/10
9.12	Information zum Antrag 0089/10 - Transparenz der Haushaltsplanung im Rahmen des NKHR (Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen)	I0216/10
9.13	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.06.2010	I0225/10
9.14	Öffentliche Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erstellung eines Image Films über die Landeshauptstadt Magdeburg	I0254/10
9.15	Kindertagesstätte "Kleiner Maulwurf" in Beyendorf-Sohlen	I0224/10
9.16	Umsetzung ESF-Bundesprogramm STÄRKEN vor Ort in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0228/10
9.17	Aktueller Stand des Vorhabens Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee im September 2010	I0207/10
9.18	Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB GmbH) - Gründung marego	I0265/10
9.19	Konzept zur inhaltlichen Entwicklung der Gruson-Gewächshäuser (Stand Oktober 2010)	I0248/10

Nichtöffentliche Sitzung

10	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
11	Beschlussfassung durch den Stadtrat

11.1	Vergabe Vermarktung und Verwertung von Altpapier aus der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0429/10
11.2	Erwerb von Kommanditanteilen durch die Städtische Werke Magdeburg GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0491/10
12	Informationsvorlagen	
12.1	Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme	I0186/10
12.2	Änderung Sanierungsvertrag Buckau	I0255/10

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 26. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	32	“	“
maximal anwesend	42	“	“
entschuldigt	15	“	“

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 627-26(V)10

Stadtrat Kai Langnickel, FDP-Fraktion, legt mit sofortiger Wirkung sein Mandat nieder.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 628-26(V)10

Als Nachfolger für den Stadtrat der FDP-Fraktion im Wahlbereich 08, für den ausgeschiedenen Herrn Kai Langnickel, wird

Herr
Sven Haller
Keplerstraße 10
39104 Magdeburg

benannt.

Herr Sven Haller nimmt das Mandat an.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst belehrt Stadtrat Haller gemäß der §§ 30 – 32 GO LSA und weist ihn auf seine Pflichten und Rechte als Stadtrat hin.

Auf Antrag der FDP-Fraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 629-26(V)10

Stadtrat Sven Haller wird im Ausschuss Gesundheit und Soziales und im Umweltausschuss als beratendes Mitglied tätig.

Herr Haller wird den Platz von Herrn Langnickel im Ratssaal einnehmen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zurückgezogene TOP

Der TOP 6.20 A0147/10 – Beteiligung am 5. Bundeswettbewerb kommunaler Suchtprävention

wird von der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
zurückgezogen.

Hinweise

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bittet darum, gemäß § 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates bei Neuanträgen, wo kein GO-Antrag vorliegt, zu begründen, warum eine sofortige Beschlussfassung erforderlich ist. Sie bittet darum, grundsätzlich Neuanträge mit GO-Anträgen zu versehen.

Zu folgenden Tagesordnungspunkten wurde Redebedarf angemeldet:

TOP 9.2 – I0227/10
TOP 9.3 – I0167/10
TOP 9.4 – I0191/10
TOP 9.5 – I0222/10
TOP 9.6 – I0226/10
TOP 9.17 – I0207/10

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 25.(V) Sitzung vom 14.10.2010
-

Redaktionelle Änderung der Verwaltung

Auf der Seite 42 muss es unter TOP 5.27, 2. Absatz richtig heißen:

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung **nicht**.

Auf der Seite 70 muss es unter TOP 11.2, 6. Absatz, 3. Zeile richtig heißen:

Zum einen 1,8 Millionen **und zum anderen 1,0 Mio Euro**, die

Im 7. Absatz muss es richtig heißen:

Aufgrund der Entstehung, die dem Eigenbetrieb zugeordnet werden **kann**,...

Im 8. Absatz, letzte Zeile muss es richtig heißen

.... durch den Verwaltung **vorab**

Auf der Seite 71 muss es im 3. Absatz, letzte Zeile ebenfalls richtig heißen:

.... **vorab**

Auf der Seite 72 unter Punkt 4, letzter Absatz, letzte Zeile

....**vorab**

Redaktionelle Änderung der Fraktion CDU/BfM:

Auf der Seite 6 und auf der Seite 57 ist unter TOP 6 als Einbringer zu ergänzen:

FDP-Fraktion

Auf der Seite 16 muss unter TOP 5.3 die Beschluss-Nr. richtig lauten:

Beschluss-Nr. 596-25(V)**10**

Auf der Seite 47 ist im 6. Absatz, letzte Zeile zu ergänzen:

Tierschutzpartei-future! und **Fraktion CDU/BfM**

Redaktionelle Änderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf der Seite 24 ist im 2. Absatz, 2. Zeile das Wort

klarstellend zu streichen.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 25. (V) Sitzung des Stadtrates vom 14.10.10 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
-

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

5.1.	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (Eb KGm)	DS0426/10
	BE: Oberbürgermeister	

Der BA KGm und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 630-26(V)10

Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (Eb KGm) auf den 31.12.2009 wird wie folgt festgestellt:

1.	Feststellung des Jahresabschluss 2009	
1.1.	Bilanzsumme	20.972.319 EUR
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	86.761 EUR
	- das Umlaufvermögen	20.885.558 EUR
1.1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	1.238.950 EUR
	- Rückstellungen	3.161.753 EUR
	- Verbindlichkeiten	16.571.252 EUR
	- Rechnungsabgrenzungsposten	364 EUR
1.2.	Jahresergebnis	
1.2.1.	Summe der Erträge (inkl. Betriebskostenzuschuss)	30.708.502 EUR
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	29.630.519 EUR
1.2.3.	Jahresgewinn	1.077.983 EUR
2.	Verwendung des Jahresgewinns	1.077.983 EUR

Der Stadtrat beschließt den Jahresgewinn in Höhe von 1.077.983 EUR an die Landeshauptstadt Magdeburg abzuführen.

3. Dem Betriebsleiter, Herrn Heinz Ulrich, wird gemäß Eigenbetriebsgesetz in geltender Fassung Entlastung erteilt.

- 5.2. Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) DS0239/10
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der BA SFM und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 631-26(V)10

“Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) auf den 31.12.2009 wird festgestellt:

- | | | | |
|--------|---|--|-------------------|
| 1. | Feststellung des Jahresabschlusses | | |
| 1.1. | Bilanzsumme | | 21.605.377,71 EUR |
| 1.1.1. | davon entfallen auf der Aktivseite auf | | |
| | - das Anlagevermögen | | 13.992.808,26 EUR |
| | - das Umlaufvermögen | | 7.600.634,05 EUR |
| 1.1.2. | davon entfallen auf der Passivseite auf | | |
| | – das Eigenkapital | | 6.237.337,32 EUR |
| | – Rückstellungen | | 3.461.263,00 EUR |
| | – Verbindlichkeiten | | 4.015.704,41 EUR |
| 1.2. | Jahresgewinn | | 7.143,12 EUR |
| 1.2.1. | Summe der Erträge | | 12.554.115,76 EUR |
| 1.2.2. | Summe der Aufwendungen | | 12.546.972,64 EUR |
| 2. | Verwendung des Jahresgewinns | | 7.143,12 EUR |
| | zur Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers | | 7.143,12 EUR |
| 3. | Der Betriebsleiterin, Frau Simone Andruscheck, wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.” | | |

- 5.3. Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg DS0374/10
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 632-26(V)10

1. Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg wird entsprechend den Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1. Im Bereich des Erfolgsplanes mit Erträgen in Höhe von 13.167.100 EUR mit Aufwendungen in Höhe von 13.167.100 EUR.
 - 1.2. im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 983.300 EUR
 - 1.3. mit einem Höchstbetrag des Kassenkredites von 500.000 EUR.
2. Der mittelfristige Finanzplan des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg wird zur Kenntnis genommen.

- 5.4. Satzung über die Benutzung der städtischen öffentlichen Grünanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg DS0168/10
 (Grünanlagensatzung)
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0168/10/1.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0168/10 ein und nimmt zu den vorliegenden Änderungsanträgen DS0168/10/1 des Ausschusses KRB und DS0168/10/2 der Fraktion CDU/BfM Stellung. Er bittet darum, der Drucksache DS0168/10 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Herbst bringt den Änderungsantrag DS0168/10/1 ein.

Der Leiter des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz Herr Langenhan in Vertretung des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz verweist auf rechtliche Bedenken des Rechtsamtes bezüglich der Verwendung des Wortes „erheblich“ und bittet darum, der Drucksache DS0168/10 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, merkt an, dass der Änderungsantrag DS0168/10/2 nicht im unmittelbaren Zusammenhang zur Drucksache DS0168/10 steht und zieht diesen **zurück**. Er kündigt für die Stadtratssitzung am 09.12.10 einen eigenständigen Antrag an.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg geht auf die Erläuterung des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann zur Begrifflichkeit „erheblich“ ein und bittet nochmals um eine klarstellende Positionierung der Verwaltung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt bezüglich der herrschenden Irritation in der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! an, dass das Wort „erheblich“ eine deutliche definitive Veränderung des Erscheinungsbildes bedeutet, dies aber aus Sicht des Ordnungsamtes rechtlich nicht greifbar ist. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, das Wort „erheblich“ zu streichen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, unterstreicht die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und signalisiert die Ablehnung seiner Fraktion zum Änderungsantrag DS0168/10/1 des Ausschusses KRB.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Jastimme und 7 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0168/10/1 des Ausschusses KRB –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im § 3 Abs. 5 in den Punkten 14 und 15 das Wort „erheblich“ nicht zu streichen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 634-26(V)10

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung über die Benutzung der städtischen öffentlichen Grünanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg (Grünanlagensatzung) gemäß beiliegender Anlage 1.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 634-26(V)10

1. Der Stadtrat nimmt den von der PriceWaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreterin der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 der MHG mit einer Bilanzsumme von 66.711.327,69 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 298.727,08 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 298.727,08 EUR mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von 1.506.087,98 EUR zu verrechnen und den nicht verrechneten Verlustvortrag in Höhe von 1.207.360,90 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Karl-Heinz Ehrhardt sowie dem Aufsichtsrat der MHG für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

- 5.6. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2010 der Magdeburger Hafen GmbH DS0493/10
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 635-26(V)10

Die Gesellschaftervertreterin in der Gesellschafterversammlung der Magdeburger Hafen GmbH wird angewiesen, den Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Herrn Georg-Rainer Rätze zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

- 5.7. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2010 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) DS0494/10
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 636-26(V)10

1. Der Stadtrat hebt seinen Beschluss zum 4. Anstrich des 2. Beschlusspunktes des Stadtratsbeschlusses – Beschluss-Nr. 438-19(V)10 – vom 27.05.2010 zur Bestellung der BDO Deutsche Warentreuhand AG als Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 bei der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) auf.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KID werden angewiesen, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 den Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Herrn Georg-Rainer Rätze zum Abschlussprüfer zu bestellen.

5.8. Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes theater magdeburg

DS0302/10

BE: Bürgermeister

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Theaterausschuss und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 637-26(V)10

Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes theater magdeburg auf den 31.12.2009 wird festgestellt:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Feststellung des Jahresabschlusses | |
| 1.1. Bilanzsumme | 6.481.818,34 € |
| 1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf | |
| - das Anlagevermögen | 5.605.820,44 € |
| - das Umlaufvermögen | 812.208,50 € |
| 1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf | |
| - das Eigenkapital | 2.186.577,98 € |
| - den Sonderposten | 1.628.381,22 € |
| - die Rückstellungen | 694.900,00 € |
| - die Verbindlichkeiten | 1.482.188,64 € |
| 1.2. Jahresverlust | - 100.153,90 € |
| 1.2.1. Summe der Erträge | 25.955.916,58 € |
| 1.2.2. Summe der Aufwendungen | 26.056.070,48 € |
| 2. Behandlung des Jahresverlustes | |
| - zu tilgen aus dem Gewinnvortrag 2008 | 31.908,46 € |
| - auf neue Rechnung vortragen | 68.245,44 € |
| 3. Der Theaterbetriebsleiterin Frau Karen Stone wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt. | |

- 5.9. Neufassung der Satzung des Eigenbetriebs Theater Magdeburg DS0169/10
BE: Bürgermeister
-

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Theaterrausschuss empfiehlt die Beschlussfassung.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, zu den Kosten bezüglich der Namensänderung des Theaters, führt der Bürgermeister Herr Dr. Koch aus, dass jeder Intendantenwechsel mit Mehrkosten verbunden ist. Er merkt weiter an, dass das Theater für den Intendantenwechsel kein Sonderbudget hat. Herr Dr. Koch stellt nach erläuternden Hinweisen klar, dass es keine zusätzlichen Kosten in Größenordnungen gab.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 34 Ja-, 0 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 638-26(V)10

Die Neufassung der Satzung des Eigenbetriebs Theater Magdeburg gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

- 5.10. Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt DS0355/10
Magdeburg (EB PTH MD)
BE: Bürgermeister
-

Der BA Puppentheater und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 639-26(V)10

Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg (EB PTH MD) Auf den 31.12.2009 wird festgestellt:

- | | | |
|-----|------------------------------------|----------------|
| 1. | Feststellung des Jahresabschlusses | |
| 1.1 | Bilanzsumme | 746.517,94 EUR |

davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen		646.325,00 EUR
- das Umlaufvermögen		100.192,94 EUR
davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital		430.710,92 EUR
- den Sonderposten		51.601,00 EUR
- die Rückstellungen		75.350,00 EUR
- die Verbindlichkeiten		188.856,02 EUR
Jahresgewinn		12.229,58 EUR
1.2.1 Summe der Erträge		2.376.187,65 EUR
1.2.2 Summe der Aufwendungen		2.363.958,07 EUR
2. Behandlung des Jahresgewinns		12.229,58 EUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		3.525,59 EUR
b) zur Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers		8.703,99 EUR
3. Verlustvortrag des Vorjahres		- 3.525,59 EUR
3.1 Unter Berücksichtigung des Jahresverlustes des Vorjahres ergibt sich ein Gewinn von		8.703,99 EUR
4. Dem Theaterbetriebsleiter Herrn Michael Kempchen wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.		
5.11. Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann		DS0268/10
BE: Bürgermeister		

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der BA Konservatorium und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 640-26(V)10

Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann auf den 31.12.2009 wird wie folgt festgestellt:

Feststellung des Jahresabschlusses 2009

1.1.	Bilanzsumme	748.637 EUR
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	216.776 EUR
	- das Umlaufvermögen	531.861 EUR
	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	288.617 EUR
	- Sonderposten mit Rücklageanteil	11.921 EUR
	- Rückstellungen	232.537 EUR
	- Verbindlichkeiten	205.998 EUR
	- Rechnungsabgrenzungsposten	9.564 EUR
Jahresergebnis		
	Summe der Erträge (inkl.sonst.Zinsen u.ähnl.Erträge u.Betriebskostenzuschüsse)	3.929.906 EUR
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	3.716.289 EUR
1.2.3.	Jahresüberschuss	213.617 EUR
2.	Verwendung des Jahresüberschusses	
2.1.	Einstellung von Sonderrücklagen zur Erhaltung des Vermögens und der Leistungsfähigkeit	0 EUR
	Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers	213.617 EUR
3.	Dem Betriebsleiter, Herrn Dr. Keller wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.	

- 5.12. Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann DS0360/10
 BE: Bürgermeister
-

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der BA Konservatorium empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 641-26(V)10

1. Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Konservatorium wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:

im Bereich des Erfolgsplanes mit Aufwendungen und Erträgen
in Höhe von 3.764.800,00 EUR

im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und
und Ausgabevolumen in Höhe von 46.700,00 EUR

mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe
von 250.000,00 EUR.

2. Finanzielle Verpflichtungen der Landeshauptstadt Magdeburg:

Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb Konservatorium 2011 einen Zuschuss zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.399.700,00 EUR.

Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb Konservatorium 2011 einen weiteren Zuschuss zur Deckung folgender Aufwendungen:

- Nutzungsentgelt für das KGm
- Leistungsverrechnung an die städtischen Ämter, Fachbereiche und Eigenbetriebe in Höhe der jeweils entstehenden Aufwendungen
- Zinsen für die dem Eigenbetrieb übertragene Restschuld gemäß Zinsplan
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft in Höhe der jeweils entstehenden Aufwendungen
- Abschreibungen auf das betriebsnotwendige Anlagevermögen

Im Jahr 2011 beträgt dieser Zuschuss 225.600,00 EUR.

3. Der Finanzplan 2012 bis 2014 wird zur Kenntnis genommen.

5.13. Grundsatzbeschluss Sanierung Sportplatz Hermann-Hesse-Straße DS0304/10
BE: Bürgermeister

Die Ausschüsse BSS, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bringt die Drucksache DS0304/10 umfassend ein.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, begrüßt die vorliegende Drucksache DS0304/10 und verweist dabei auf den Antrag seiner Fraktion in dieser Frage. Er sieht darin ein gutes Beispiel für Haushaltsberatung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig.

Beschluss-Nr. 642-26(V)010

1. Der Stadtrat nimmt die von der Verwaltung vorgelegte Sportplatzbedarfsanalyse zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beschließt vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln der Städtebauförderung „Stadtumbau Ost“ die Sanierung des Sportplatzes an der Hermann-Hesse-Straße nach Variante 1 (u. a. Tennisplatz ohne Beleuchtung, Kunststoffkleinfeld, Weitsprung- und Kugelstoßanlage).

- 5.14. Behandlung der Stellungnahmen zum Vorentwurf des DS0317/10
 vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 366-3.1 "Mühlenpark
 Diesdorf"
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann bringt die Drucksache DS0317/10 umfassend ein und geht dabei auf die rechtlichen Belange ein.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg informiert über die Bedenken seiner Fraktion in dieser Frage und hinterfragt die Vorortsituation. Des weiteren vermisst er eine schlüssige Aussage der Landesbehörden, ob es sich hierbei um ein hochwassergefährdetes Gebiet handelt. Abschließend signalisiert Stadtrat Bromberg, dass seine Fraktion der ersten Stellungnahme folgen wird.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht auf die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg ein. Er merkt an, dass der Ausschuss StBV die Abwägungen durchführt und der vorliegenden Drucksache DS0317/10 so gefolgt ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper ergänzt die Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann und stellt klar, dass diese Verfahrensweise formell nicht möglich ist und die Drucksache DS0317/10 zurück in den Ausschuss StBV überwiesen werden muss.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den GO-Antrag – Überweisung der Drucksache DS0317/10 und der nachfolgenden Drucksache DS0316/10 in den Ausschuss StBV – ein.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg **beschließt** der Stadtrat mit 19 Ja-, 16 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Die Drucksachen DS0317/10 und DS0316/10 werden in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 5.16. Behandlung der Stellungnahmen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 223-1.1 "Liebknechtstraße 27" DS0342/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 643-26(V)10

1. Die von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und abgegebenen Stellungnahmen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache (DS0342/10), wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).
Zur Behandlung der Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

2.1. untere Bauaufsichtsbehörde
Schreiben vom 07.05.2010
(Abwägungskatalog Teil II, Seiten 7-9)

a) Stellungnahme

1. Begründung:

1.1 Es sollen nur die allgemein zulässigen Nutzungen gem. § 4 Abs. 2 BauNVO zugelassen werden. Aufgeführt werden aber auch ausnahmsweise zulässige.

1.2 Die vorgesehene verkehrliche Erschließung wird als nicht ausreichend für die Rettungsfahrzeuge der Feuerwehr angesehen. Amt 37 ist zu beteiligen. Die erforderliche Erreichbarkeit muss geklärt sein.

2. Planzeichnung:

2.1 Es fehlen Maße an den Baufeldern.

2.2 Bei einer baulichen Ausnutzung der Baufelder kommt es zu einer nicht zulässigen Überdeckung des Abstandsflächen. Die Planung ist entsprechend zu ändern.

2.3 Der Plan enthält Wege für die keine Festsetzung erkennbar ist.

2.4 Für die Baufelder 2 und 4 ist die verkehrliche Erschließung für Rettungs- und Lieferfahrzeuge auszuweisen.

3. Garagenbereich:

Es können für 65 Wohnungen ca. 72-78 Stellplätze geschaffen werden. Zusätzliche oberirdische Parkplätze sind ausgeschlossen. Damit können weitere zulässige Nutzungen aufgrund fehlender Stellplätze nicht genehmigt werden. Es sollte eine Erweiterungsmöglichkeit für Stellplätze vorgesehen werden.

b) Abwägung

1. Begründung:

1.2 Amt 37 wurde beteiligt. Dem Vorhaben wurde zugestimmt. Die genaue Lage der Aufstellflächen, die Anleierungsmöglichkeiten und Fluchtwege sind im Rahmen der Projektbearbeitung auszuweisen.

2. Planzeichnung:

2.4 Es handelt sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Der Vorhabenträger verpflichtet sich vertraglich zur Durchführung des Vorhabens, also zur Errichtung der gesamten Wohnanlage. Die Zufahrt zur Grundstücksfläche ist über die Schlachthofstraße und die private Erschließungsstraße gesichert. Die Schaffung von Feuerwehrezufahrten, Aufstellflächen oder Anfahrmöglichkeiten für Versorgungsfahrzeuge ist aufgrund der verfügbaren nicht überbaubaren Grundstücksfläche grundsätzlich möglich. Die genaue Lage und Ausführung der Erschließungsanlagen wird im Rahmen der Projektbearbeitung festgelegt. Der Bauleitplan regelt nur die Rahmenbedingungen (Maß der baulichen Nutzung, Anschluss an das Straßennetz).

c) Beschlussvorschlag

Der Stellungnahme wird bezüglich der Punkte **1.2** und **2.4** nicht gefolgt.
(Berücksichtigung der Punkte 1.1, 2.1, 2.2, 2.3 und 3 erfolgte durch Einarbeitung bzw. Korrektur)

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

- 5.17. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 223-1.1 "Liebknechtstraße 27" DS0337/10
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 644-26(V)10

1. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 223-1.1 „Liebknechtstraße 27“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.

Eine Umweltprüfung wurde in Anwendung des § 13 a Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 3 BauGB nicht durchgeführt.

2. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 223-1.1 „Liebknechtstraße 27“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

- 5.18. Abwägung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 444-1 "Neu Reform" DS0371/10
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Stadträte Theile, Fraktion DIE LINKE und Stern, Fraktion CDU/BfM, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE, dankt der Verwaltung, dass sie der Abwägung nicht gefolgt ist. Sie geht auf die Vorortsituation ein und bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0371/10.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, begründet im Namen seiner Fraktion die Ablehnung der Drucksache DS0371/10.

Stadträtin Meier, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! unterstützt im Namen ihrer Fraktion die vorliegende Drucksache DS0371/10.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann merkt an, dass die Verwaltung sich an das Märktekonzept hält.

Im Rahmen der weiteren Diskussion empfiehlt Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/BfM, die Entwicklung der Bevölkerungszahl im Stadtteil Reform zu berücksichtigen.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, unterstützt im Namen seiner Fraktion das Vorgehen der Verwaltung und verweist darauf, dass dies auch Bürgerwille ist.

Vertreter der Fraktion DIE LINKE plädieren in ihren Ausführungen ebenfalls dafür, der Drucksache DS0371/10 zuzustimmen, wobei Stadtrat Müller empfiehlt, sich grundsätzlich mit der Fortschreibung des Märktekonzeptes auseinanderzusetzen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt bezüglich der Anmerkungen des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, an, dass das Märktekonzept ein Steuerungselement ist und es der Stärkung der Innenstadt dient.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 645-26(V)10

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 444-1 „Neu Reform“ vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gem. § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung (Anlage zur DS 0371/10) wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).
Zur Behandlung der Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung ergeht folgender Einzelbeschluss:

2.1 Stellungnahmen (Abwägungskatalog Teil 1, Seite 1, lfd. Nr. 1)
Schreiben vom 12.11.2009

- a) Stellungnahme

Durch Aufwertungsmaßnahmen sollen neue Mietergruppen gewonnen und Reform attraktiver gemacht werden. Dazu gehört auch, den durch Abriss entstandenen Flächen im Gebiet Reform eine neue Nutzung zuzuführen. Insbesondere die Fläche Juri-Gagarin-Str. / Otto-Baer-Str. / Hermann-Hesse-Straße wird hierbei in Betracht gezogen.

Ein Teil wird für die neue Wendeschleife der MVB benötigt. Für den restlichen Teil wird angeregt, die Ansiedlung eines Nahversorgers (800m² Nettogröße) zuzulassen. Damit würde eine Versorgungsachse von der Straßenbahnhaltstelle an der Otto-Baer-Straße bis zur Apollostraße entstehen, was der Stärkung der zentralen Achse in Reform dienen soll.

b) Abwägung

Die Errichtung eines Nahversorgers in diesem Bereich würde zur Schwächung des zu schützenden Nahversorgungsbereiches Apollostraße / Otto-Baer-Straße führen, da eine Verdrängung der verbrauchernahen Versorgung dienender Einzelhandelsunternehmen in diesem Bereich zu befürchten ist, was dem Magdeburger Märktekonzept entgegensteht. Ziel des Bebauungsplanes ist schließlich die Qualitäts- und Standortsicherung der definierten Einzelhandelsstandorte unter Beachtung der perspektivisch rückläufigen Einwohnerzahl im Stadtteil Neu Reform.

c) Beschlussvorschlag

Der Anregung wird nicht gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger sowie die Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

5.19. Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 444-1 "Neu Reform" DS0372/10
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse STBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 25 Ja-, 9 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 646-26(V)10

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 10. August 2009 (GVBl. S. 383), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 11.11.10 den einfachen Bebauungsplan Nr. 444-1 „Neu Reform“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.

2. Die Begründung zum einfachen Bebauungsplan wird gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

5.20. Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 366-3.2 "Am Neuber" DS0227/10
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann bringt die Drucksache DS0227/10 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg begründet umfassend die Ablehnung der Drucksache DS0227/10 seiner Fraktion mit dem Hinweis, dass keine Bebauung im Außenbereichen mit Problemlagen erfolgen soll.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht anhand des Lageplanes erläuternd auf die Vorortsituation ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls für die Ablehnung der vorliegenden Drucksache DS0227/10 aus und verweist dabei auf das Stadtentwicklungskonzept und auf den Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkampf begründet das Votum des Ausschusses und plädiert dafür, sich an die Rechtslage zu halten.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, unterstützt die Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann und hält die Einleitung eines Satzungsverfahrens für sicher. Er hält weiterhin die vorliegende Drucksache DS0227/10 für eine Zeichensetzung für Neubürger der Stadt Magdeburg. Stadtrat Stern signalisiert abschließend die Zustimmung zur Drucksache DS0227/10 seiner Fraktion.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt bezüglich der Anmerkungen des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, an, dass die Stadt über genügend freie Flächen verfügt, die den Bürgern als Bauland angeboten werden können.

Nach weiterer Diskussion stellt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann klar, dass ein Flächennutzungsplan kein geltendes Recht, die auf den § 34 BauGB keinen Einfluss hat.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 18 Ja-, 15 Neinstimmen

Beschluss-Nr. 647-26(V)10

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden durch die Südgrenze des Flurstückes 2120 (Flur 343),
- im Westen durch die Ostgrenze des Flurstückes 2126 (Flur 343),
- im Süden durch die Nordgrenze der Straße Am Neuber (Straßenflurstück),
- im Osten durch die Westgrenzen der Flurstücke 2121 und 2124 (Flur 343),

soll gemäß § 12 Abs. 2 BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers das Satzungsverfahren zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan eingeleitet werden. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Planungsziel ist die Schaffung von Baurecht für ein Einfamilienhaus, das durch den Vorhabenträger genutzt werden soll.

Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg stellt den Bereich als Grünfläche dar.

3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung, gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB, durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, und durch eine öffentliche Versammlung zu erfolgen.

5.21. Bebauungsplan Nr. 368-1 A "Kümmelsberg Westseite",
Teilbereich A - Änderung des Geltungsbereiches und
Weiterführung zur Satzung

DS0313/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0313/10/1 des Ausschusses StBV
- Änderungsantrag DS0313/10/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Änderungsantrag DS0313/10/3 der Fraktion CDU/BfM

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0313/10/1.

Stadtrat Stern, Mitglied im Ausschuss StBV, bringt den Änderungsantrag DS0313/10/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den Änderungsantrag DS0313/10/2 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg begrüßt die eingebrachten Änderungsanträge DS0313/10/1 und DS0313/10/2 und bittet den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann darum, zum Änderungsantrag DS0313/10/3 der Fraktion CDU/BfM Stellung zu nehmen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann macht Ausführungen zum vereinfachten Verfahren gemäß § 13a BauGB und schlägt eine Bürgerbeteiligung vor. Er bittet darum, den Änderungsantrag DS0313/10/1 des Ausschusses StBV um folgenden Passus zu ergänzen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den räumlichen Geltungsbereich entsprechend zu ändern.

Stadtrat Canehl, Mitglied des Ausschusses StBV, trägt die vorgetragene Ergänzung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann mit.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0313/10/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Im Aufstellungsverfahren ist zwingend zur Erschließung eine Anbindung an die Straße am Kümmelsberg vorzusehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den räumlichen Geltungsbereich entsprechend zu ändern.

Der Vorschlag des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg, den Änderungsantrag DS0313/10/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu formulieren:

Die Erschließung von Süden her sollte auf Fuß- und Radwegverbindungen beschränkt werden.

wird vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt mitgetragen.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0313/10/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Erschließung von Süden her sollte auf Fuß- und Radwegverbindungen beschränkt werden.

Gemäß Änderungsantrag DS0313/10/3 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Bebauungsplan wird in vereinfachten Verfahren erstellt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 648-26 (V)10

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 368-1 A „Kümmelsberg Westseite“, Teilbereich A wird geändert.

Er wird nunmehr umgrenzt:

- im Norden durch die Nordgrenzen der Flurstücke 6503/2 und 6504/2 (Flur 333),
- im Osten durch die Ostgrenze des Flurstückes 6504/2 (Flur 333), die Nord-, die Ost- und die Südgrenze des Flurstückes 10245 (Flur 333), die Südgrenze des Flurstückes 6506/2 (Flur 333), wiederum durch die Ostgrenze des Flurstückes 6504/2 (Flur 333) und die Ostgrenze des Flurstückes 8017/509 (Flur 343),
- im Süden durch die Südgrenze des Flurstückes 8017/509 (Flur 343) ohne die Irxleber Straße, sowie die Südgrenzen der Flurstücke 10207, 10206 und 6538 (jeweils Flur 333),
- im Westen durch die West- und die Nordgrenze des Flurstückes 6538 (Flur 333) und die Westgrenze des Flurstückes 6503/2 (Flur 333).

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Bebauungsplan Nr. 368-1 A „Kümmelsberg Westseite“, Teilbereich A ist bis zur Satzung weiterzuführen.
3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung, gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB, durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, und durch eine öffentliche Versammlung zu erfolgen.
4. Im Aufstellungsverfahren ist zwingend zur Erschließung eine Anbindung an die Straße am Kümmelsberg vorzusehen.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den räumlichen Geltungsbereich entsprechend zu ändern.
5. Die Erschließung von Süden her sollte auf Fuß- und Radwegverbindungen beschränkt werden.

6. Der Bebauungsplan wird in vereinfachten Verfahren erstellt.

- 5.22. Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 235-3 "Neustädter Straße/
 An der Magdalenenkapelle" DS0382/10
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 649-26(V)10

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 01.09.2005 mit Beschluss-Nr. 594-18(IV)05 für das Gebiet, das umgrenzt wird,
 - im Norden durch die nördliche Begrenzung der Verkehrsfläche Neustädter Straße, durch die nordöstliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1796 der Flur 145 und durch die nördliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1811 der Flur, 145,
 - im Osten durch die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1811 der Flur 145, durch die östliche Flurstücksbegrenzung des Flurstücks 1796 der Flur 145 sowie der Verlängerung dieser Flurstücksgrenze in Richtung Süden,
 - im Süden durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1801 der Flur145, durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1196 der Flur 145 sowie der Verlängerung dieser Flurstücksgrenze in Richtung Osten,
 - im Westen durch die östliche Begrenzung der Verkehrsfläche Jakobstraße,beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird gemäß § 1 (8) BauGB aufgehoben. Die Aufhebung erfolgt gemäß §1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit §13 BauGB im vereinfachten Verfahren, da keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von Schutzgütern i.S. des §1 (6) Nr. 7 b BauGB bestehen. Auf die Durchführung einer Umweltprüfung und die Erstellung eines Umweltberichtes wird verzichtet.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt. Die betroffene Öffentlichkeit hatte gemäß § 3 (2) BauGB im Rahmen einer öffentlichen Auslegung Gelegenheit zur Stellungnahme. Im Rahmen dieser Beteiligung gingen keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen ein.

2. Der Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses ist gem. § 2 (1) Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

5.23. Einziehung des Parkplatzes Agnetenstraße und der
Wegeverbindung Agnetenstraße/ Agnetenstraße Nr. 24

DS0397/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Stadträte Stern, Fraktion CDU/BfM und Theile, Fraktion DIE LINKE, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann bringt die Drucksache DS0397/10 ein. Er erläutert dabei die Zielstellung der Drucksache DS0397/10 und geht dabei auf die Kernfrage der Thematik ein.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg spricht sich nach den klarstellenden Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann dafür aus, den Weg für eine Gesamtplanung freizumachen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt hätte es im Namen seiner Fraktion begrüßt, wenn man erst den Bebauungsplan und dann die nachfolgenden Schritte, die die rechtlichen Folgen verursachen, vorgelegt hätte.

Bezüglich der geäußerten Bedenken zu den geplanten Umwidmungen der Straßen stellt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann klar, dass die Wegebeziehungen in jeden Fall erhalten bleiben.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 650-26(V)10

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Einziehung des Parkplatzes Agnetenstraße und der Wegeverbindung Agnetenstraße/ Agnetenstraße Nr. 24 zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- 6.1. Gewinnung von zukünftigen Fachkräften A0094/10
Fraktion CDU/BfM
WV v. 24.06.2010
-

Der Ausschuss RWB betrachtet den Antrag A0094/10 der Fraktion CDU/BfM mit dem vorliegenden Änderungsantrag A0094/10/1 der Fraktion CDU/BfM als erledigt.

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag A0094/10/1.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bringt den Änderungsantrag A0094/10/1 ein und erklärt, dass dieser den Ursprungsantrag A0094/10 ersetzt.

Gemäß Änderungsantrag A0094/10/1 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 651-26(V)10

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Bildungskonferenz auszuwerten und zur Vorbeugung eines Fachkräftemangels in einen Maßnahmenkatalog zusammenzufassen. Dabei sind sowohl Qualifizierungsmaßnahmen als auch die Gewinnung von ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Bewerbern aus dem In- und Ausland, aber in besonderer Weise aus unserer Region, zu berücksichtigen.

- | | | |
|------|---|----------|
| 6.2. | Livemusik auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt
Fraktion CDU/BfM
WV v. 24.06.2010 | A0095/10 |
|------|---|----------|
-

Die Ausschüsse RWB und VW empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM zieht den Antrag A0095/10 **zurück**.

- | | | |
|------|--|----------|
| 6.3. | Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Behinderten
Gesundheits- und Sozialausschuss
WV v. 19.08.2010 | A0097/10 |
|------|--|----------|
-

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, den Termin der Erarbeitung des Aktionsplanes entsprechend der vorliegenden Stellungnahme S0222/10 in 4. Quartal 2011 im Beschlusstext des Antrages A0097/10 zu ändern.

Gemäß modifizierten Antrag A0097/10 des Ausschusses GeSo **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 652-26(V)10

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage des Jahresberichtes des Behindertenbeauftragten und unter Beachtung der der Stadt übergebenen

„Forderungen 2010“
anlässlich
des Europäischen Protesttages
zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen
am 5. Mai 2010

einen Aktionsplan bzw. Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Behinderten in der Stadt Magdeburg dem Stadtrat bis spätestens im vierten Quartal 2011 vorzulegen.

- 6.4. Waren- und Güterumschlag aus Asien im Magdeburger Hafen A0105/10
FDP - Fraktion
-

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, zieht den Antrag A0105/10 **zurück**.

- 6.5. Deutlichere Kenntlichmachung der Querung des Radfahrweges A0107/10
in Richtung Damaschkeplatz mit der Auf- und Abfahrt zur
Tangente B71
FDP - Fraktion
WV v. 19.08.2010
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0107/10 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 653-26(V)10

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass eine deutlichere Kenntlichmachung der Querung des Radfahrweges auf dem Adelheidring in Richtung Damaschkeplatz erfolgt.

Neuanträge

Der Vorschlag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst, die Anträge unter TOP 6.6 – 6.15, zu denen ein Geschäftsordnungsantrag vorliegt, im Block zu überweisen, wird vom Stadtrat einstimmig gefolgt.

6.6. Erhalt der GS Westerhüsen A0148/10
 FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0148/10 in die Ausschüsse BSS, FG und in den BA KGM vor, der durch Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0148/10 wird in die Ausschüsse BSS, FG, StBV und in den BA KGM überwiesen.

6.7. 3. Oktober 2011 und Jugend im Stadtrat A0149/10
 FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0149/10 in den Ausschuss VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0149/10 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

6.8. Bushaltestelle in der Beimsstraße A0153/10
 FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0153/10 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0153/10 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.9. Graffiti-Projekt Lärmschutzwand A0156/10
 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0156/10 in die Ausschüsse StBV und Juhi – vor, der durch Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um den Ausschuss UwE ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0156/10 wird in die Ausschüsse StBV, UwE und Juhi überwiesen.

- 6.10. Benennung "Straße bzw. Platz der Deutschen Einheit" in A0155/10
 Magdeburg
 Fraktion CDU/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0155/10 in die AG Straßennamen – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0155/10 wird in die AG Straßennamen überwiesen.

- 6.11. Prioritätensetzung Förderprogramme A0159/10
 Fraktion CDU/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0159/10 in den Ausschuss FG – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0159/10 wird in den Ausschuss FG überwiesen.

- 6.12. Evaluierung der Magdeburger Hundeauslaufwiesen A0168/10
Fraktion DIE LINKE
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0168/10 in die Ausschüsse StBV, KRB, UwE und in den BA SFM vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0168/10 wird in die Ausschüsse StBV, KRB, UwE und in den BA SFM überwiesen.

- 6.13. Barrierefreie Gestaltung der Haltestelle Agnetenstraße A0161/10
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0161/10 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0161/10 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.14. Wiederherstellung des ehemaligen Kinderspielplatzes A0162/10
Goethestraße/Martinstraße
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0162/10 in den Ausschuss FG und in den BA SFM – vor.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist auf eine redaktionelle Änderung im Kurztitel hin. (Es muss richtig heißen..... Gothestraße/Martin-Agricola-Straße)

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0162/10 wird in den Ausschuss FG und in den BA SFM überwiesen.

6.15. Sporthalle Buckau A0163/10
 Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0163/10 in den Ausschuss FG – vor.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0163/10 wird in den Ausschuss FG überwiesen.

6.16. Personalumsetzung A0166/10
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0166/10 in den Ausschuss FG – vor.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass der Antrag A0166/10 rechtswidrig ist, da die Kompetenz in dieser Frage nicht beim Stadtrat liegt. Er empfiehlt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag A0166/10 zurückzuziehen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt die Erweiterung des GO-Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um die Ausschüsse VW, Juhi und FuG ein.

Nach weiteren klarstellenden Ausführungen des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning und des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zur Zuständigkeit des Stadtrates bei Personalfragen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 5 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Der erweiterte GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Antrag A0166/10 wird in die Ausschüsse FG, VW, Juhi und FuG überwiesen. –

wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt gibt eine redaktionelle Änderung im Beschlusstext des Antrages A0166/10 bekannt. (Der Oberbürgermeister wird gebeten...)

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 654-26(V)10

Der modifizierte Antrag A0166/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zwei der vier durch die mehrheitlich vom Stadtrat beschlossene Schließung des KJH Werder in der Mittelstraße freigesetzten Personalstellen der Kinderbeauftragten für ihre vielfältigen Aufgaben zuzuordnen.

Dieser Antrag ist im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 im F/G zu behandeln. –

wird **abgelehnt**.

6.17. "Otto macht Wind" A0167/10
Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0167/10 in den Ausschuss RWB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0167/10 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

- 6.18. Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Bereich Kreuzung Große Steinernetischstraße/Breiter Weg A0169/10

Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0169/10 in den Ausschuss StBV – vor, der durch den Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt um die Ausschüsse KRB, UwE, FG, K und BSS ergänzt wird.

Gemäß ergänztem interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0169/10 wird in Ausschüsse StBV, KRB, UwE, FG, K und BSS überwiesen.

- 6.19. Sicherung des 9. Internationalen Figurentheaterfestivals "Blickwechsel" 2011 A0100/10

BA Puppentheater

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0100/10 in den Ausschuss FG zur Haushaltsberatung – ein.

Gemäß GO-Antrag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0100/10 wird in den Ausschuss FG zur Haushaltsberatung überwiesen.

- 6.20. Beteiligung am 5. Bundeswettbewerb kommunaler Suchtprävention A0147/10

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Der Antrag A0147/10 wurde von der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **zurückgezogen.**

- 6.21. Ersatzbeschaffung Fahrbibliothek A0150/10
 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
 Fraktion DIE LINKE
-

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0150/10 in den Ausschuss FG zur Haushaltsberatung – ein.

Gemäß GO-Antrag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0150/10 wird in den Ausschuss FG zur Haushaltsberatung überwiesen.

- 6.22. Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien A0151/10
 FDP - Fraktion
-

Hierzu liegt der Änderungsantrag A0151/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0151/10 in die Ausschüsse FuG und Juhi – ein.

Gemäß GO-Antrag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0151/10 wird in die Ausschüsse FuG und Juhi überwiesen.

6.23. Verkehrskonzept vor Grundschulen A0154/10

Fraktion SPD - Tierschutzpartei - future!

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bittet um eine heutige Beschlussfassung und die Vorlage des Berichtes bis zum 30.06.2011.

Gemäß modifizierten Antrag A0154/10 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 655-26(V)10

Der Oberbürgermeister wird gebeten einen Bericht bis zum 30.06.2011 über die Verkehrssituation vor Grundschulen in Magdeburg vorzulegen, in dem die verkehrlichen Gegebenheiten skizziert und erfolgte Sicherheitsmaßnahmen gemeinsam mit geplanten Maßnahmen aufgezeigt werden. Der Bericht ist weiterhin so zu gestalten, dass er als Grundlage eines zu erstellenden Konzeptes zur Verkehrssicherheit vor Schulen dienen kann, das gemeinsam mit Schülern, mit dem ADAC, dem ADFC und weiteren sachkundigen Partnern erarbeitet werden soll.

Der Bericht ist in den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, dem Jugendhilfeausschuss, dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport zu diskutieren.

6.24. Ausstellung "Was damals Recht war...- Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht" A0157/10

Fraktion DIE LINKE

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages Antrages A0157/10 in die Ausschüsse VW und K.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, den Antrag A0157/10 heute zu beschließen, da es sich hierbei um einen Prüfauftrag handelt.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Antrag A0157/10.

Gemäß Antrag A0157/10 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 656-26(V)10

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wann und unter welchen Bedingungen die Ausstellung der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas »*Was damals Recht war...*« - *Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht* in der Landeshauptstadt Magdeburg gezeigt werden kann.

Dabei sollte auch geprüft werden, inwieweit die Landeszentrale für Politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt bzw. Sponsoren sich an der Durchführung der Ausstellung in Magdeburg beteiligen wollen und auch alternative Ausstellungsorte wie etwa das City Carré, das sich in der jüngeren Vergangenheit hierzu gut etabliert hat, eignen.

6.25. Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 A0158/10
 Fraktion DIE LINKE

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0158/10 in die Ausschüsse FuG und GeSo ein

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, bittet darum den Antrag A0158/10 abzustimmen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 11 Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 657-26(V)10

Der Antrag A0158/10 der Fraktion DIE LINKE -

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche Anstrengungen, Aktivitäten und Maßnahmen im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 in der LH Magdeburg unternommen wurden, um dem Anliegen gerecht zu werden.

Des Weiteren sind Schlussfolgerungen und Handlungsoptionen abzuleiten und dem Stadtrat vorzustellen.

wird **abgelehnt**.

- 6.26. Abwanderung (junger) Frauen stoppen A0160/10
Fraktion DIE LINKE
-

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0160/10 in die Ausschüsse RWB und FuG – ein.

Gemäß GO-Antrag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0160/10 wird in die Ausschüsse RWB und FuG überwiesen.

- 6.27. Prüfung der verausgabten Mittel zur Dachmarkenkampagne A0165/10
Ottostadt
Fraktion DIE LINKE
-

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0165/10 in die Ausschüsse RWB und RPB ein, der durch Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM um den Ausschuss FG ergänzt wird.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile bittet um eine heutige Beschlussfassung zum Antrag A0165/10.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt bekannt, dass zu dieser Thematik eine Stellungnahme erarbeitet wurde, die am 09.11.10 in seiner Dienstberatung weitergeleitet wurde. Er bittet darum, diese abzuwarten und gegebenenfalls in den Ausschüssen den Antrag A0165/10 klar zu definieren.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0165/10 wird in die Ausschüsse RWB, RPB und FG überwiesen.

6.28. Erkennbarkeit Ulrichskirche

A0164/10

Interfraktionell

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0164/10 in die Ausschüsse VW und UwE ein, der durch Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, um den Ausschuss FG und den BA SFM ergänzt wird.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus und bittet um eine heutige Beschlussfassung.

Vertreter der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, Fraktion DIE LINKE und Fraktion CDU/BfM sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages A0164/10 aus, wobei Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM die getrennte Abstimmung beantragt.

Gemäß GO-Antrag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der interfraktionelle Antrag A0164/10 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Der GO-Antrag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst –

Der Antrag A0164/10 wird in den Ausschuss UwE überwiesen –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Der GO-Antrag des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE –

Der Antrag A0164/10 wird in den Ausschuss FG überwiesen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, **beschließt** der Stadtrat mit 19 Ja-, 3 Neinstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Der interfraktionelle Antrag A0164/10 wird in den BA SFM überwiesen.

6.29. Teilnahme am European Award of Excellence 2011 "City for Children" A0170/10

Fraktion DIE LINKE

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0170/10 in die Ausschüsse Juhi, K, GeSo und BSS – ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt eine redaktionelle Änderung im Beschlusstext bekannt. (Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen... Als Ergänzung ist hinzuzufügen: Sollte wegen der Kürze der Zeit eine Teilnahme 2011 nicht mehr möglich sein, ist die Teilnahme für 2012 zu prüfen.)

Stadtrat Müller bittet abschließend um eine heutige Beschlussfassung.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion und der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg empfehlen, die Bewerbung für eine Teilnahme für das Jahr 2012 abzugeben.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht nochmals auf die Intention des Antrages A0170/10 ein und bittet um Zustimmung.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß modifiziertem Antrag A0170/10 der Fraktion DIE LINKE bei 10 Jastimmen, 1 Gegenstimme und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 658-26(V)10

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, sich namens der LH Magdeburg am **European Award of Excellence 2011 "City for Children"** gemeinsam mit vor Ort an diesem Thema arbeitenden freien Trägern bspw. dem *Medientreff zone!* zu beteiligen und den Stadtrat über die eingereichten Projekte, die dazu beitragen sollen, Kinder und Jugendliche in dieser Frage zu unterstützen und Kompetenzen herauszubilden, zu informieren.

Sollte wegen der Kürze der Zeit eine Teilnahme 2011 nicht mehr möglich sein, ist die Teilnahme für 2012 zu prüfen.)

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Frau Marie-Luise Emrich, Auf den Höhen 61, 39116 Magdeburg

Im Namen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und der freien Wähler Magdeburgs möchte ich einen Klarstellungsantrag einbringen. In der letzten Stadtratssitzung wurde der Antrag A0071/10 mit dem neuen Titel „Verbesserung der Lindwurmbrücke für Menschen mit eingeschränkter Mobilität“ beschlossen. Der ursprüngliche Titel lautete „Sichere und barrierefreie Lindwurmbrücke“. Durch die Verwaltung wurde dazu eine Stellungnahme S0135/10 abgegeben. Aus diesem Grunde bitte ich um Klarstellung des Sachverhaltes. Laut § 4 des Bundesgleichstellungsgesetzes gibt es lediglich den Begriff „barrierefrei“. Was ergibt sich aus dem neuen Titel für die geplante Baumaßnahme. Ist er gesetzeskonform und wie unterscheiden sich vorgesehene Maßnahmen zwischen altem und neuem Titel? Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann erläutert, dass ein den Normen entsprechender Bau von Aufgängen aufgrund des hohen Aufwandes und der gering vorhandenen Fläche an der Lindwurmbrücke nicht realisierbar sei. Die Zielstellung sei es, das Vorhaben optimal zu realisieren, weshalb im Einvernehmen mit dem Stadtrat weitere Planungen durchgeführt würden. Er betont nochmals, dass eine strikt normgerechte Bauweise im Bereich Lindwurmbrücke nicht durchführbar sei.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

8.1. Schriftliche Anfrage (F0186/10) des Stadtrates Nordmann, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Stand für gemeinnützige Vereine auf dem Weihnachtsmarkt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In den vergangenen Jahren gab es auf dem Weihnachtsmarkt immer ein Stand, an dem sich Vereine, Verbände, insbesondere mit gemeinnütziger Ausrichtung präsentieren konnten.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen:

1. Trifft es zu, dass auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt kein Stand für (gemeinnützige) Vereine, Verbände und gemeinnützige Organisationen zur Präsentation ihrer Arbeit vorgesehen ist?
2. Wenn das zutrifft, was sind die Gründe dafür?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.2. Schriftliche Anfrage (F0169/10) des Stadtrates Theile, Fraktion DIE LINKE

Verkehrskonzept Stadtteil Hopfengarten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtteil Hopfengarten entwickelt sich entgegen ursprünglichen Planungen zunehmend als attraktiver und daher stark nachgefragter Wohnstandort. Allein in den letzten 10 Jahren entstanden besonders im unmittelbaren Umfeld der Gustav-Ricker-Straße und der Straße Am Hopfengarten, nach vorsichtigen Schätzungen, weit über einhundert Einfamilienhäuser, Reihenhäuser und Wohnungen, in welchen größtenteils junge Familien mit Kindern ihren Wohnsitz gefunden haben. Es ist zu erkennen, dass diese Entwicklung weiter anhält. Erfreulicherweise entwickelten sich im gleichen Zeitraum auch die im Wohn- und Gewerbemischgebiet Anfang/Mitte der 90er Jahre neu entstandenen bzw. erhaltenen Industrie- und Gewerbeunternehmen ebenso gut und sichern damit für Magdeburg Arbeitsplätze in relevanter Größenordnung.

Negatives Ergebnis dieser Entwicklung ist allerdings auch ein stetig anwachsender Gewerbezuwachs-, Durchgangs- und Anliegerverkehr im Wohngebiet. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind die Gustav-Ricker-Straße und die Straße Am Hopfengarten sowie einzelne einmündende Straßen, deren Bewohner sich zunehmend gestört fühlen, Sorge um die Sicherheit der Kinder im Zugangsbereich der vor Ort befindlichen Grundschule und Kindertagesstätte haben und sich zum Teil auch um den Wert ihrer Immobilieninvestitionen gebracht sehen.

Die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt kennt die sich zuspitzende Situation für die Anwohner und Industrie aus zahlreichen Bürgerversammlungen, den Beratungen der Gemeinwesenarbeitsgruppe, Einzelbeschwerden, Petitionen an den Petitionsausschuss des Landtages, Beratungen mit Stadträten des Wohngebietes u. v. a. m. seit mindestens 10 Jahren. Leider ist festzustellen, dass es bisher trotz unterschiedlicher Bemühungen und einzelner, punktueller Maßnahmen, zu keiner durchgreifenden Lösung für die aus Sicht aller Betroffenen unbefriedigende Verkehrssituation gekommen ist.

Auf Initiative der Gemeinwesenarbeitsgruppe Leipziger Str./Hopfengarten wurde im Frühjahr 2010 in einer Arbeitsbesprechung unter Beteiligung von Stadträten der Fraktion DIE LINKE und der CDU-Fraktion durch das zuständige Baudezernat zugesichert, grundsätzliche, konzeptionelle Vorstellungen für eine verkehrsplanerische Gesamtlösung für das Wohngebiet bis zum Herbst 2010 vorzubereiten, diese Verkehrskonzeption auf einer Wohngebietsversammlung öffentlich vorzustellen und mit den Beteiligten zu diskutieren.

In der Sitzung der GWA Leipziger Str./ Hopfengarten am 29.09.2010 erklärten nun jedoch die VertreterInnen der Stadtverwaltung einen Planungs- und damit Bearbeitungsrückstand, wegen der Bearbeitung anderer vorrangiger Aufgaben, von ca. einem halben Jahr zu haben.

Offensichtlich ohne Grundlage schätzt die Stadtverwaltung zur gleichen Beratung, ausweislich des Beratungsprotokolls aber ein, dass der Realisierungszeitraum, welcher Maßnahmen auch immer, erst nach 2016 liegen wird.

Dies ist im Hinblick auf die geschilderte Sachlage und die bereits seit Jahren geduldig vorgetragenen Anliegen vieler Beteiligter eine nicht mehr hinnehmbare Zumutung.

Wir fragen Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister:

1. Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie einzuleiten um abzusichern, dass die seit Jahren von Bürgerinnen und Bürgern des Wohngebietes bisher ohne abschließende Klärung vorgetragenen Anliegen, nunmehr unverzüglich und mindestens gleichrangig mit anderen Aufgaben des Baudezernates bearbeitet werden können?
2. Wann wird die Stadtverwaltung die Konzeption zur Verkehrsflussregulierung und -beruhigung im Stadtteil Hopfengarten den Bürgerinnen und Bürgern, den Industrie und Gewerbevertretern, den Fachausschüssen des Stadtrates und dem Stadtrat zur Erörterung und Entscheidung vorstellen?
3. Welche haushaltsplanerischen Ansätze verfolgt die Stadtverwaltung, um die für die Umsetzung etwaiger Verkehrsplanungs- und Regulierungsmaßnahmen erforderlichen Finanzierungsmittel darzustellen?
4. Welche Aktivitäten hat die Stadtverwaltung bisher unternommen bzw. wird die Stadtverwaltung unternehmen, um mit den zuständigen Behörden gesetzlich zulässige Alternativen (oder Übergangslösungen), zu den durch den Petitionsausschuss des Landtages Sachsen-Anhalt dargestellten verkehrsrechtlichen Fragen, zu finden?
5. Wann können die Bürgerinnen und Bürger sowie die Industrie und Gewerbeunternehmen nach Einschätzung der Stadtverwaltung spätestens mit der Umsetzung eines vom Stadtrat

der Landeshauptstadt beschlossenen Verkehrskonzeptes, welches die aktuellen Entwicklungen im Wohngebiet reflektiert, verbindlich rechnen?

Wir bitten Sie, um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass eine Information bereits erarbeitet wurde, mit der der Stadtrat über ein entsprechendes Konzept informiert wird. Dieses von externen Büros erarbeitete Konzept soll in den Fraktionen mit der Verwaltung beraten und nach Vorlage der Fraktionsmeinungen in Bürgerversammlungen der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Die Langfristigkeit der Konzeptvorschläge erlaubt es, die Beratung in aller Ausführlichkeit zu führen und seitens der Verwaltung detaillierte Erläuterungen in den Fraktionen vorzunehmen. Danach erfolgt die Entscheidung des Stadtrates, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Insbesondere verweist der Oberbürgermeister darauf, dass die Konzeptvorschläge Überraschendes auf der Grundlage exakter Zählungen und exakter Bewertung der einzelnen Straßen beinhalten, die nach seiner Auffassung zu einer spannenden Diskussion führen werden.

8.3 Schriftliche Anfrage (F0189/10) des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

mich hat ein Bürger angesprochen, der zu einer Vergabe eine Information wollte. Ich verwies ihn auf das Ratsinformationssystem und zwar auf den, meist, Tagesordnungspunkt vier „Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse“. Unter diesem Tagesordnungspunkt findet man aber nur: „Hierzu liegt ihnen eine Tischinformation vor“, also für die Bürgerinnen und Bürger nicht einsehbar.

Herr Oberbürgermeister, sind Sie der Meinung, dass wir das nicht verändern müssten? Dass eigentlich, wenn dieser Punkt auf der Tagesordnung steht, Bürger im Ratsinformationssystem die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse nachvollziehen können?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bringt seine Überraschung zum Ausdruck und führt aus, ebenfalls davon ausgegangen zu sein, dass so verfahren wird. Er sagt zu, die entsprechenden Informationen wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Erklärend führt er aus, dass vor ca. zwei Jahren eine Entscheidung zur Änderung der bis dahin üblichen Verfahrensweise der Veröffentlichung führte. Er stimmt der Auffassung des Stadtrates Stern grundsätzlich zu, schränkt jedoch ein, dass von der Veröffentlichung Personalangelegenheiten und Vergabebeschlüsse mit konkreter Benennung der Firmen und der Zuschlagssummen ausgenommen sind.

8.4. Schriftliche Anfrage (F0172/10) des Stadtrates Wähnel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auslegung Tunnelpläne

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, den Ausgaben der „Volksstimme“ vom 06.+09.11.2010 war zu entnehmen, dass die Magdeburger ab Montag, 08.11.2010 die Planungsunterlagen zum Tunnel Ernst-Reuter-Allee einsehen können. Die Dokumente liegen derzeit bis zum 08. Dezember 2010 im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens im Baudezernat aus. Die Öffnungszeiten: montags und donnerstags von 8 bis 17 Uhr, dienstags von 8 bis 17.30 Uhr, mittwochs von 8 bis 16 Uhr und freitags von 8 bis 13 Uhr. Öffnungszeiten, die für Berufstätige kaum zu realisieren sind.

Schon am ersten Tag der öffentlichen Auslegung haben sich zahlreiche Magdeburger im Baudezernat eingefunden, um sich über Details zum Tunnelbau und die daraus erwachsenden Beeinträchtigungen zu informieren. Wir fragen daher an:

1. Wieso wurde als einziger Ort für die Auslegung der Planungsunterlagen das nicht gerade zentrumsnahe Baudezernat ausgewählt?
2. Warum wurden die Öffnungszeiten nicht wenigstens an einem Tag in der Woche bis mindestens 19 Uhr ausgeweitet, um gerade auch den Berufstätigen die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Unterlagen zu geben?
3. Wieso war es nicht möglich, für den relativ kurzen Zeitraum der Auslegung zur besseren Visualisierung den interessierten Bürgern der Stadt auch ein Modell zu präsentieren, zumal ein solches ja ganz offensichtlich vorhanden ist?
4. Welche Möglichkeiten gibt es, die Auslegung kurzfristig (notfalls auch ausschließlich) in das Rathaus zu verlegen und so auch die Öffnungszeiten bürgerfreundlicher zu gestalten als im Baudezernat?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung unserer Anfragen.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann zunächst darauf, dass die Auslegung zu allen Planfeststellungsverfahren und allen Bauleitplänen naturgemäß im Baudezernat stattfinden.

Er verweist darauf, dass die Öffnungszeiten erheblich ausgeweitet wurden. Als für die Öffentlichkeit wichtige Maßnahme muss jedoch die Aussage der Bauverwaltung gesehen werden, dass auf Anfrage die Bereitschaft besteht, gesonderte Termine idealerweise natürlich mit mehreren Interessierten und den entsprechenden Mitarbeitern des Baudezernates zu vereinbaren, die auch über die verlängerten Öffnungszeiten hinausgehen.

Als nicht sehr hilfreich sieht er jedoch an, diese sehr komplexe und in den Aktenordnern vorliegende Materie ohne fachliche Begleitung darzulegen. Deshalb sei es natürlich ein Problem im Rathaus die Mitarbeiter effektiv einsetzen zu können.

Im Weiteren erläutert Herr Dr. Scheidemann, dass mit Planfeststellungsverfahren schon ein formalisiertes Verfahren besteht, was objektiv ablaufen soll. Hierzu wird auch alles unternommen, was außerhalb des Planfeststellungsverfahrens der Erklärung dient. Er informiert, dass zum Beispiel ein Live-Chat am 18.11.2010 um 17.00 Uhr auf der Internetseite der Landeshauptstadt im Forum „Stadtentwicklung, Bau und Verkehr“ über die Inhalte erfolgt. Zielstellung ist es, die Informationen einer breiten Masse von Bürgern zugänglich zu machen. Dazu ist jedoch Fachkunde erforderlich, um auftretende Fragen umgehend beantworten zu können. Gerade bei den Planungsunterlagen ist es für einen Nichtfachmann sehr schwer, diese nachzuvollziehen und insofern steht die Bauverwaltung für gesonderte Termine zur Verfügung. Er sagt zu, in seinem Verantwortungsbereich prüfen zu lassen, ob unter Umständen noch ein etwas anders gearteter Termin angeboten werden kann. Unbeachtet darf dabei aber nicht bleiben, dass das Planfeststellungsverfahren bestimmte formale Voraussetzungen hat, an die sich die Bauverwaltung halten muss. Die Bereitschaft besteht, darüber hinausgehend für Informationen zur Verfügung zu stehen.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt seine Auffassung dar, dass in der Volksstimme darüber berichtet werden soll, dass jedem interessierten Bürger die Möglichkeit der Information gegeben und die Einsicht in die Unterlagen gewährleistet wird.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.5. Schriftliche Anfrage (F0176/10) des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutz-partei-future!

Sachstand zur Jägerhütte im Stadtpark

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei meinem letzten Besuch im Stadtpark Rotehorn fiel mir auf, dass auf dem Grundstück der ehemaligen Jägerhütte ein Bauwagen und Toilettenhäuschen aufgestellt waren.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen:

1. Gibt es aus dem Ergebnis der Branduntersuchung ein abschließendes Ergebnis zur Schadensursache?
2. Besteht berechtigte Hoffnung, dass die Jägerhütte in absehbarer Zeit wiedererrichtet und in Betrieb genommen werden kann?

Eine kurze mündliche Beantwortung wäre ausreichend.

Antwort des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann:

Herr Zimmermann informiert in Beantwortung der Anfrage, dass der Besitzer bzw. der Erbbauberechtigte eine GmbH gegründet hat. Die Gründungsurkunde liegt der Verwaltung seit dem 01. 11. 2010 vor. Mit dieser GmbH möchte er die Jägerhütte weiterführen und auch die Investitionen tätigen. Er benötigt dazu von der Stadt eine gewisse Unterstützung hinsichtlich der regionalen Bedeutung dieser Einrichtung. Über die Investitionsbank hat der Besitzer vor, Fördermittel zu eruiieren. Dazu braucht er aber die Begründung der regionalen Bedeutung der Einrichtung. Geplant ist ebenfalls die Einrichtung von zwei oder drei Fremdenzimmern. Hier ist er bereits im Gespräch mit dem Baudezernat, um die Basis für die Zusammenstellung des Finanzgesamtkonzeptes zu schaffen. Herr Zimmermann bringt seine Zuversicht zum Ausdruck, dass sich die Wiedererrichtung der Jägerhütte erfolgreich etablieren wird.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Hinsichtlich der Fragestellung der vorhandenen Container informiert der Oberbürgermeister, dass diese nicht im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung stehen, sondern von der GISE für ein anderes Projekt aufgestellt wurden.

8.6. Schriftliche Anfrage (F0181/10) des Stadtrates Schindehütte, Fraktion CDU/BfM

Baumfällungen in der Hermann-Hesse-Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

anfang des Jahres 2009 wurden am Rande eines Parkplatzes in der Hermann-Hesse-Straße, der vorwiegend von Besuchern eines dort befindlichen Supermarktes genutzt wird, ca. 40 Bäume gefällt. Aus meiner Sicht befanden sich diese Bäume nicht nur in einem guten Zustand, sondern waren auch als Nektarspender für die heimische Insektenwelt wichtig. Von Seiten des städtischen Umweltamtes wurde mehrfach, auch öffentlich, versichert, dass Ersatzpflanzungen in Form von kleinkronigen Bäumen vorgenommen werden sollten. Bisher ist davon nichts zu sehen.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Worin liegt die zeitliche Verzögerung bei der Realisierung der zugesicherten Ersatzpflanzung begründet?
2. Welche Zeitschiene ist zur tatsächlichen Realisierung der schon lange versprochenen Ersatzpflanzung vorgesehen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Leiters des Amtes für Katastrophenschutz Herr Langenhan, i.V.f. den Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz:

Herr Langenhan informiert, dass die Frist für die Durchführung von Ersatzpflanzungen der 15.11.2010 ist und durch die zuständige Mitarbeiterin unter Kontrolle gehalten wird. Ab dem 16.11. 2010 wird dann die Umsetzung der Maßnahme kontrolliert. Es ist bekannt, dass bei einer Magdeburger Baumschule ein Auftrag vorliegt und somit ist zu erwarten, dass die Bepflanzung auch auflagentgemäß in den nächsten Tagen beginnt. Wenn das nicht der Fall sein sollte, wird das Umweltamt seiner Pflicht nachkommen.

8.7. Schriftliche Anfrage (F0184/10) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Kommunaler Baumbestand und Baumpflege

In der GWA Sudenburg/Lemsdorf beschäftigen zur Zeit u.a. folgende Fragen die Akteure.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Auf welchen Wert (ausgedrückt in EURO) beläuft sich im Kontext der doppischen Haushaltsführung der komplette Bestand an kommunalen Bäumen in der LH Magdeburg?

Was unternimmt die Stadtverwaltung um diesen Wert zu bewahren und zu mehren?

Werden Ersatzpflanzungen am Standort Halberstädter Straße/Nähe Ecke Heidestraße bzw. Wolfenbütteler Straße/Ecke Amsdorfstraße vorgenommen? Wenn ja, wann bzw. wenn nein, warum, nicht?

Was gilt nun wirklich hinsichtlich des Erhalts des japanischen Schnurbaums an der Ecke Südring?

Ist es möglich die Hundenauslaufwiese am Fuchsberg auf natürliche Art und Weise mittels Strauch- und Buschwerk analog anderer Standorte einzuzäunen und somit gefahrloser zu gestalten?

Wie beurteilt die Stadtverwaltung die Situation von nur saisonal beschäftigtem Personal im Eigenbetrieb SFM? Welche alternativen Möglichkeiten werden in Erwägung gezogen?

Warum wurde die aktuelle Baumaßnahme Seitenbahnerneuerung Halberstädter Straße weder im StBV-Ausschuss noch im UWE-Ausschuss behandelt? Wie beurteilt die Stadtverwaltung in diesem Kontext das komplette Wegfallen von zunächst vorgesehenen Baumstandorten? Wie wird die Reduzierung von ca. zwei Dritteln der bislang vorhandenen Pkw-Stellplatzanzahl insbesondere im Kontext der Entwidmung des öffentlichen Parkplatzes *Sudenburger Wochenmarkt* gesehen?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Dr. Scheidemann:

In Beantwortung der Anfrage informiert Herr Dr. Scheidemann, dass die bisherigen Maßnahmen in der Halberstädter Straße Maßnahmen der SWM im Leitungsbereich sind. Der Bauverwaltung waren in der koordinierten Bauplanung die Maßnahmen inhaltlich bekannt. Aber diese sind eben keine originären Maßnahmen der Stadt, sondern Dinge, die nach Konzessionsvertrag und zur Versorgungssicherung der Bürger geduldet werden müssen, damit die Versorgung auch sichergestellt ist. Im Rahmen u. a. dieser Baumaßnahme hat sich herausgestellt, dass leiderweise die Baumscheiben, die damals verwendet wurden tatsächlich für das Wurzelwerk zu klein sind. Die jetzigen Maßnahmen, denen seitens der Stadt nachgegangen wird, haben das Problem, dass der Leitungsbestand in der Halberstädter Straße immens ist und insofern ein nachhaltiges Pflanzen von Bäumen an der Stelle sehr problematisch ist. Er legt seine Auffassung dar, dass mit der Gesamtstellungnahme und einer nachfolgenden Diskussion eine Verständigung erfolgen kann, wie mit solchen wirklich problematischen Bereichen umgegangen wird. Er hält es auch für sinnvoll, einen Leitungsplan zur Verdeutlichung der Situation dort einzuhängen.

Zur Nachfrage des Stadtrates Müller hinsichtlich der Nichtbehandlung der Thematik in den Ausschüssen UWE und StBV sagt der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann zu, die Problematik zu prüfen und dann das Gespräch mit Stadtrat Müller zu suchen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.8. Schriftliche Anfrage (F0173/10) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen

Sanierung Grundschule Westerhüsen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach der Schließung der Grundschule Fermersleben durch Stadtratsbeschluss vom 24.06.2010 ist klar, dass die sanierte Grundschule Salbke mit den vereinigten Schulbezirken Fermersleben und Salbke ausgelastet ist. Die Stadt gibt als Größenordnung für die Sanierung 1,2 Mill. € an, wobei offen ist, wie sich diese Summe berechnet. Die Grundschule Westerhüsen wird weiter zu betreiben sein. Daher ist nun die Frage nach der künftigen Nutzung insgesamt zu stellen und nicht nur nach der Reparatur der Fenster (siehe dazu Anfrage F0136/10 der FDP-Fraktion).

Wir fragen daher an

1. Was plant der Oberbürgermeister in Bezug auf die Nutzung der Grundschule Westerhüsen? Welche Maßnahmen sind konkret vorgesehen und in welchem Zeitraum?
2. Wie viel Energie(kosten) könnte/n künftig eingespart werden, wenn jetzt entsprechend der geltenden energierechtlichen Vorschriften (Dach, Fassade und Fenster) saniert werden würde?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch:

Bezug nehmend auf den Beschluss des Stadtrates zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung verweist der Bürgermeister darauf, dass damit der Bestand der Grundschule Westerhüsen bis 2013/14 mitbeschlossen wurde.

Zusätzlich wurde mit einer Information und der Drucksache DS0124/10 - Entwicklung der GS "Fermersleben" und Westerhüsen – deutliche gemacht, dass im Zusammenhang mit der dargestellten Schülerzahl im Echoeffekt die weitere Entwicklung geprüft wird, um daraus den Standort noch mal einer Prüfung zu unterziehen. Herr Dr. Koch informiert, dass jetzt die Geburtenzahlen für Westerhüsen bis 2015 vom Statistischen Amt vorliegen und diese als Grundlage für die Überlegungen der Verwaltung und der Stadtratsgremien dienen werden. Zu den energetischen Kosten wird das kommunale Gebäudemanagement die entsprechenden Zuarbeiten leisten.

Persönliche Erklärung der Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab (**Anlage 1**)

8.9. Schriftliche Anfrage (F0187/10) des Stadtrates Wendenkamp, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Solartechnologie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Ausgabe der Volksstimme vom 9. November 2010 positioniert sich der Geschäftsführer der Stadtwerke Magdeburg, Herr Johannes Kempmann, - entgegen aktueller Erkenntnis aus Wissenschaft und Forschung (s.a. diverse Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes) - deutlich gegen den Einsatz regenerativer Energien, insbesondere gegen die Nutzung der Solarenergie. Vor dem Hintergrund der entsprechenden Aktivitäten der Landeshauptstadt Magdeburg zur Nutzung regenerativer Energien, insbesondere gegen die Nutzung der Solarenergie.

Vor dem Hintergrund der entsprechenden Aktivitäten der Landeshauptstadt Magdeburg zur Nutzung regenerativer Energien, insbesondere der Nutzung von Solarenergie, frage ich Sie daher:

1. Teilt die Verwaltung der Landeshauptstadt die Position der Stadtwerke Magdeburg?
2. Sollte dies nicht der Fall sein, welche Konsequenzen werden Sie als Vorsitzender des SWM-Aufsichtsrates aus den Äußerungen Ihres Geschäftsführers ziehen? Sollte dies nicht der Fall sein, welche Konsequenzen wird Dezernent Zimmermann als Mitglied der Gesellschafterversammlung bezüglich der Äußerungen des SWM-Geschäftsführers Kempmann fordern.

Ich bitte um eine kurze mündliche aber auch eine ausführliche schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Oberbürgermeister Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zeigt sich überrascht von der Fragestellung, da es bisher nicht üblich war, dass der Oberbürgermeister die Meinung der Geschäftsführer in der Zeitung kommentiert und bewertet. Das habe er bisher nicht gemacht und werde es auch in Zukunft nicht tun. Er verweist darauf, dass wenn der Geschäftsführer seine Position in der Presse darlegt dies seine eigene Argumentation ist.

Im Weiteren legt der Oberbürgermeister seine Auffassung dar, dass als einziger Streitpunkt die Aussage, ob Solarenergie in Deutschland ökologisch ist, angesehen werden kann. Er begründet seine Auffassung, dass es im Moment für die Volkswirtschaft unwirtschaftlich ist und es eben in Deutschland Zeiten gibt, in denen Solarenergie nichts bringt und in der eine andere Energieform doppelt vorgehalten werden muss. Darin begründen sich auch die derzeitigen Energiepreise.

Wichtiges Anliegen muss es sein, dass Problem gemeinsam zu lösen und mithilfe der Forschung Lösungen zu finden, dass Solar- und Windenergie gespeichert werden, um eine Konstanz zu erreichen.

Alle anderen Aussagen des Geschäftsführers hält er für gut begründet und seriös.

8.10. Schriftliche Anfrage (F0180/10) des Stadtrates Salzborn, Fraktion CDU/BfM

Baumaßnahme Gesundheitsamt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

durch besorgte Bürger wurde ich darüber informiert, dass im städtischen Gesundheitsamt Baumaßnahmen, inkl. Wanddurchbrüche, durchgeführt und gleichzeitig die Behandlung von Patienten, auch von Kindern in den betreffenden Bereichen fortgesetzt wurde. Insbesondere wurden Bedenken bzgl. der möglichen Freisetzung von Asbest in der Atemluft geäußert.

Daher stelle ich Ihnen heute folgende Fragen:

1. Trifft der von mir geschilderte Sachverhalt zu bzw. wie stellt sich die Situation aus Sicht der Stadtverwaltung dar?
2. Welche Maßnahmen wurden ggf. eingeleitet, um mögliche gesundheitliche Risiken, vor allem für Kinder, zu vermeiden bzw. zu minimieren?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning:

Der Beigeordnete Herr Brüning bestätigt die Durchführung von Arbeiten, schränkt jedoch ein, dass diese nicht in dem Ausmaß wie in der Anfrage geschildert stattfanden. Es wurden Installationen am Fenster durchgeführt, dabei wurde in die Außenwand gebohrt und dabei Asbestfasern festgestellt. Daraufhin hat das Gesundheitsamt den TÜV Nord mit Messungen beauftragt. Diese Messungen haben ergeben, dass die Grenzwerte weit unterschritten sind und es zu keiner Zeit zu Gefährdungen gekommen ist. Als Schlussfolgerung daraus wird es bei entsprechenden Arbeiten an der Hausfassade auch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen geben.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.11. Schriftliche Anfrage (F0174/10) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lehrmittelbefreiung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Schüler haben grundsätzlich die Möglichkeit einen Antrag auf „Lehrmittelbefreiung“ zu stellen, um so keine bzw. verringerte Kosten für Schulbücher auf zu bringen, wenn ihre Eltern kein ausreichendes Einkommen haben.

Wir fragen daher an:

1. Wie viele Schüler in Magdeburg sind 2010 davon betroffen?
2. Welchen prozentualen Anteil an der Gesamtschülerschaft macht dies aus?
3. Gibt es Zahlen zum Anteil unter den Geschlechtern?
4. Wie verteilt sich der Anteil nach Schulform?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Benantwortung.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch:

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch informiert, dass gem. § 8 der Lernmittelkostenverordnung das Leihverfahren den Schulen obliegt und Angelegenheit des Landes ist. Von daher müssten die einzelnen Daten vom Land erfragt werden. Nach Rücksprache mit einer Sekundarschule wurde uns erläutert, dass den Schülern der entsprechende Antrag mit dem Bücherzettel ausgehändigt wird, der Klassenlehrer die entsprechende Summe kassiert und beim Land dann die Erstattung hierfür eingefordert wird. Eine statistische Erfassung erfolgt hierbei nicht.

Zur Nachfrage des Stadtrates Giefers, ob beabsichtigt ist festzustellen, wie viel Kinder in unserer Stadt wirklich von Armut betroffen sind führt Herr Dr. Koch aus, dass versucht wird, diese Problematik beim Land abzuklären.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.12. Schriftliche Anfrage (F0175/10) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sportförderrichtlinie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Jahre 2009 wurde die Sportförderrichtlinie beschlossen, nach der Kinder und Jugendliche, die im Sportverein den Magdeburgpass vorlegen und selbst bzw. die Eltern nicht in der Lage sind, den Vereinsbeitrag zu übernehmen, dieser durch den Verein von der LHS MD erstattet bekommen kann. Nachdem die Richtlinie nun ein Jahr in der Praxis „erprobt“ wurde, fragen wir Sie an:

1. In welchem Umfang wurden die möglichen Vergünstigungen dieser Förderrichtlinie genutzt und von welchen Vereinen?
2. Welche Vereine nutzen diese nicht und warum?
3. Welche Überlegungen gibt es, sollte es zu den „Gutscheinen“ der Bundesregierung (nach Frau v.d. Leyen) kommen? Soll die Richtlinie dann auch auf notwendiges Sortzubehör ausgeweitet werden (welches derzeit weder Sportförderrichtlinie noch „Gutscheinsystem“ vorsieht)?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch:

Bezug nehmend auf Zahlenmaterial aus dem Jahr 2009 informiert Herr Dr. Koch, dass sich in diesem Jahr 16 Vereine beteiligt haben und eine förderfähige Gesamtsumme von etwas über 5000 Euro ausgereicht wurde. Mit Stand vom 09. 11. 2010 gibt es eine Beteiligung von 20 Vereinen mit einer Summe von 6.840 Euro.

Hinsichtlich der Bundesinitiative informiert er im Weiteren, dass es am 02. Dezember in Berlin dazu eine Anhörung gibt. Es muss jetzt abgewartet werden, in welche Richtung die Entwicklung auch im Detail geht, um einen Abgleich vornehmen zu können und auf der Basis der entsprechenden Beschlüsse des Bundeskabinetts bzw. des Bundestages reagieren zu können.

8.13 Schriftliche Anfrage (F0190/10) des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister,

ich stelle noch eine Anfrage, die sich erst aus der Arbeit von gestern ergeben hat und die insofern schriftlich nicht vorliegt.

Als Mitglied des Vergabeausschusses muss ich feststellen, dass wir häufig über Investitionsentscheidungen in vergaberechtlicher Art entscheiden sollen und müssen, aber nicht die entsprechenden Abstimmungen im Stadtentwicklungsausschuss gefunden haben.

Wir hatten gestern beispielsweise die Maßnahme Halberstädter Straße im Vergabeausschuss und dort wurde sie vorgestellt vom Tiefbauamt mit dem Tenor „Wir bauen dort so wie bisher“ und da habe ich mir nur erlaubt zu sagen: „So wie bisher? Seit den 90er Jahren wird die Halberstädter Straße, die Gehwegbereiche usw. umgebaut und es war bisher irgendwann mal in den 90er Jahren ein Beschluss gefasst worden vermutlich, dass man immer abwechselnd, alternierend Bäume und Längsparkplätze, auf der Südseite der Halberstädter Straße vornimmt“.

Diesen Beschluss habe ich seit ich Stadtentwicklungsausschuss bin, nie gesehen, dass man das jetzt also ändern wollte und insofern glaube ich schon, dass wir im Grunde diese inhaltlichen Vorlagen nicht bearbeiten können und dass dem voraus gehen muss, dass der Stadtentwicklungsausschuss über bestimmte Änderungen, beispielsweise in der Struktur der Halberstädter Straße, vorher hätte entscheiden müssen.

Und die zweite Sache, die ich vielleicht an dieser Stelle sagen muss, wir haben manchmal was im Stadtentwicklungsausschuss gehabt, mit bestimmten Kostenansetzungen aus Fördermitteln und dann kommen die also in den Vergabeausschuss und haben eine ganz andere Größenordnung, vielleicht 60 % teurer als angedacht. Ich denke in diesem Moment z.B. an die Maßnahmen Mauer und Treppe im Hammersteinweg. Das heißt, wir können gar nicht im Vergabeausschuss inhaltlich über diese Sachen sprechen, können die Frage gar nicht stellen, ist die Maßnahme jetzt noch wichtig, wenn sie eben 40 % mehr kostet, als irgendwann mal vorgesehen.

Und ich frage einfach den Oberbürgermeister, wie man so etwas vielleicht besser gestalten kann, dass also auf jeden Fall bei den Vergabevorschlägen zuvor die inhaltliche Ausschlussdiskussion stattfindet im Stadtentwicklungsausschuss oder auch bei Lärmschutzmaßnahmen, wie z.B. gestern auch im Umweltausschuss. Wie möchten sie das vielleicht verbessern, dass solche Probleme nicht entstehen?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung meiner Anfrage.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper bestätigt, dass, wenn die Beteiligung des Ausschusses StBV in den Verfahrensrichtlinien festgehalten ist, dieser auch beteiligt werden muss. Seitens des Vergabeaus-schusses ist jedoch nur die Vergabe an sich zu bewerten und keine inhaltliche Bewertung vorzunehmen.

Bezüglich der Lärmschutzwand verweist er jedoch darauf, dass zu dieser Maßnahme nicht alle Beratungsrichtlinien eingehalten werden konnten, da es sich um eine Maßnahme aus dem Konjunkturpaket II handelt, deren Umsetzung noch in diesem Jahr begonnen werden muss. Dies ist erforderlich, damit Fördermittel in Höhe von 3,5 Mio Euro in Anspruch genommen werden können. Der bestehende Zeitdruck war Ursache dafür, dass die Maßnahme nicht im StBV beraten wurde.

Vom Grundsatz her sei es jedoch richtig, dass Maßnahmen in bestimmten Größenordnungen auch im Ausschuss StBV fachlich beraten werden.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Herr Dr. Scheidemann macht darauf aufmerksam, dass Vergabedrucksache neue Punkte beinhalten. So muss neuerdings eine Aussage des Tiefbauamtes enthalten sein, ob eine Maßnahme straßenausbaupflichtig ist und eine Anhörung mit Bürgern stattgefunden hat und es ist ein Kontext zu Planungen, d.h. liegt die Maßnahme im Bauleitplan, enthalten. Im vorliegenden Fall wurden die Bürger benachrichtigt.

Er sagt zu, die angesprochenen Problematik umgehend mit dem Leiter des Tiefbauamtes zu prüfen.

Die schriftlich vorliegenden Anfragen F0178/10 und F0185/10 der Fraktion DIE LINKE, F0179/10 der Fraktion CDU/BfM sowie F0151/10, F0167/10, F0168/10, F0170/10 und F0177/10 der FDP-Fraktion werden schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

9. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.19 werden zur Kenntnis genommen.

9.2. Tätigkeitsbericht Amt für Gleichstellungsfragen 2009/2010 (1. Halbjahr) I0227/10

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg Frau Ponitka gibt die Stellungnahme zum Tätigkeitsbericht des Amtes für Gleichstellungsfragen ab. (**Anlage 1**)

9.3. 2. Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn in der
Landeshauptstadt Magdeburg - Bauabschnitt 2 - Wiener Straße
WV v. 14.10.2010

I0167/10

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt zur vorliegenden Information I0167/10 Stellung. Er hält dabei u.a. die gegebenen Hinweise zur ausgewiesenen Hunderauslaufwiese im Bereich Wiener Straße/Fuchsberg für fragwürdig. Er fragt nach, warum hierfür nur eine Polizeistatistik herangezogen wurde und nicht alternativ über die Möglichkeit einer Begrenzung nachgedacht wird.

Des Weiteren verweist Stadtrat Müller zu unterschiedlich getroffenen Aussagen von Mitarbeitern der Verwaltung bezüglich des Erhalts des Solitärbaums im nordöstlichen Bereich des Südrings und fragt nach, welche Aussage nun zutreffend ist.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nimmt zu Fragen des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE Stellung. Dabei weist er darauf hin, dass die Verwaltung sich derzeit bei der Schaffung des Baurechts befindet und er die gegebenen Anregungen zur Hunderauslaufwiese mit in das Verfahren aufnimmt. Bezüglich der Frage nach der Möglichkeit des Erhalts des Solitärbaums führt Herr Dr. Scheidemann aus, dass die Zielstellung des Planfeststellungsverfahrens der Ausbau einer Gleisanlage ist. Die Rahmenbedingungen, die sich aus der Trassenführung ergeben, sind dann Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens. In diesem Verfahren wird die Verwaltung eine Begutachtung des Baumes einfließen lassen und danach muss abgewogen werden, was mit dem Baum geschieht. Abschließend sichert er im Ergebnis des Planfeststellungsverfahrens dem Stadtrat eine entsprechende Information zu.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht kritische Anmerkungen bezüglich der wiederholten Aufforderung der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst an Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, endlich die Fragen zur vorliegenden Information I0167/10 zu stellen. Er verweist darauf, dass es sich hierbei um einen Verhandlungsgegenstand handelt, zu dem Redebedarf angemeldet wurde. Im Übrigen fordert er die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst auf, die Sitzungsleitung an einen ihrer Stellvertreter abzugeben, wenn sie der Sache nicht gewachsen sei.

Stadtrat Canehl verweist im Rahmen seiner weiteren Ausführungen ebenfalls auf die gegebene Information in der AG Stadtverkehr am 11.10.10 zum Erhalt des Baumes und der widersprüchlichen Aussage in der Magdeburger Volksstimme, und spricht sich klar für den Erhalt des Japanischen Schnurbaums aus.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein. Er erläutert die theoretischen Möglichkeiten zum Erhalt des Baumes zum jetzigen Zeitpunkt ohne Vorlage eines Baumgutachtens.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, informiert, dass die Unfälle mit Hunden sehr zurückgegangen ist.

Nach weiterer Diskussion stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klar, dass Informationen keine Beschlussvorlagen sind. Er begründet die Formulierung der vorliegenden Information I0167/10 und verweist auf die Möglichkeit, alle Facetten in den Ausschüssen zu diskutieren.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkampf kündigt an, dass dieses Thema intensiv in der Dezembersitzung im Ausschuss besprochen wird.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, merkt an, dass die vorliegende Information I0167/10 und die Aussagen in der Presse erheblich zur Verunsicherung beigetragen hat.

9.4.	Kompensation der Reduzierung bzw. des Wegfalls der Städtebauförderung für das Sanierungsgebiet Buckau	I0191/10
<hr/>		
WV v. 14.10.2010		

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt bezüglich des Punktes Perspektivische Möglichkeiten in der vorliegenden Information I0191/10 nach, wie weit die Verwaltung in der Vorbereitung der Umsetzung dieser Idee, für den Bereich Südost, aktive Stadt- und Ortsteilzentren insgesamt einschließlich Buckau in die Förderung einzubeziehen, ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass diese Frage die Stadt in den nächsten Jahren stark beschäftigen wird. Er informiert in diesem Zusammenhang über den Förderbescheid des Landes und erläutert die Verteilung der Fördergelder. Er stellt dabei u.a. klar, dass rund 2 Millionen pro Jahr in fünf Förderprogrammen zur Verfügung gestellt wurden und derzeit geklärt wird, was die Stadt Magdeburg umwidmen darf. Die Antwort hierzu wird in den nächsten Tagen vom Ministerium erwartet. Abschließend merkt Herr Dr. Trümper an, dass die Entscheidung bezüglich der Umwidmung von Fördermitteln zugunsten des Sanierungsgebietes Buckau letztendlich beim Stadtrat liegt.

9.5.	Stadtteilmanager Neu Olvenstedt	I0222/10
<hr/>		
WV v. 14.10.2010		

Die Nachfrage des Stadtrates Krause, Fraktion DIE LINKE, ob der Bewilligungsbescheid für die Finanzierung des Stadtteilmanagers eingegangen ist, wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann verneint.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet die vorliegende Information I0222/10 für nicht ausreichend und vermisst das Engagement der Verwaltung, um einen Bewilligungsbescheid für

die Finanzierung des Stadtteilmanagers zu erwirken. Er geht auf die Vorortsituation in Neu-Olvenstedt und der aus seiner Sicht bestehenden Notwendigkeit, dort einen Stadtteilmanager einzusetzen ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass seiner Meinung nach ein Stadtteilmanager die Aufgabe hat, die beschlossenen Maßnahmen aus der Förderprogrammrichtlinie vor Ort zu koordinieren. Er führt weiter aus, dass ein Stadtteilmanager keine sozialen Probleme lösen kann und dafür die zuständigen Ämter der Stadtverwaltung zuständig sind.

9.6.	Wirtschaftliche Vertretbarkeit einer Ausschüttung aus der Kapitalrücklage der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH	I0226/10
WV v. 14.10.2010		

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile nimmt zur vorliegenden Information I0226/10 Stellung. Er äußert dabei die Bedenken seiner Fraktion bezüglich des Umganges mit den kommunalen Unternehmen mit Verweis auf die derzeitige Situation des kommunalen Haushalts. Stadtrat Theile übt weiterhin im Namen seiner Fraktion Kritik, dass in der vorliegenden Information I0226/10 nur zusammenfassende Schlussbemerkungen des Wirtschaftsprüfers enthalten sind und keine Detailaussagen. Er sieht für die Zukunft auch für die übrigen kommunalen Unternehmen Regelungsbedarf zu Fragen der Abführungen und Gewinnausschüttung und kündigt diesbezügliche Antragstellungen durch seine Fraktion an.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht grundsätzliche Ausführungen zur Gestaltung des Haushalts bis zu den Jahren 2014/2015 und der Zielstellung, aufgelaufene Altdefizite abzubauen. Er merkt an, dass die MVB auch ihren Teil dazu beigetragen hat und trotzdem noch investieren kann. Dr. Trümper begründet abschließend das Vorgehen der Verwaltung.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann ergänzt die Ausführungen des Oberbürgermeisters und merkt bezüglich der US-Leasing-Verträgen an, dass dies absichtlich nicht von dieser Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft wurde. Die MVB hat ein eigenständiges Mentoring bzgl. dieser Leasing-Verträge und da ist auch diesbezüglich schon im Vorfeld geprüft worden, ob die Maßnahme überhaupt umsetzbar ist.

- 9.12. Information zum Antrag 0089/10 - Transparenz der Haushaltsplanung im Rahmen des NKHR (Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen) I0216/10
-

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass zu dem beschlossenen Antrag A0089/10 eine Information vorgelegt wird, woraus nicht zu entnehmen ist, wie der Beschluss durch die Verwaltung umgesetzt wurde. Er übt Kritik am Vorgehen der Verwaltung und dem Umgang mit dem Stadtrat.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann führt aus, dass mit der vorliegenden Information I0216/10 der Lösungsweg zum Beschluss des Antrages A0089/10 dargestellt worden ist. Er informiert weiterhin, dass die einbringende FDP-Fraktion sich mit dieser Thematik intensiv auseinandergesetzt hat und die Verwaltung anhand einer Power-Point-Präsentation in der Fraktion entsprechende Ausführungen gemacht hat. Des Weiteren verweist Herr Zimmermann darauf, dass der Ausschuss FG die Information I0216/10 zur Kenntnis genommen hat und kann die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nicht nachvollziehen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster stellt klar, dass er aus Zeitgründen auf die Präsentation seitens der Verwaltung im Ausschuss FG verzichtet hat. Er bittet Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sich mit dem Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann in Verbindung zu setzen und ihn zu bitten, eine nochmalige Power-Point-Präsentation in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durchzuführen.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, regt an, eine nochmalige Schulung der Stadträte in der SIKOSA zum Neuen Haushaltsrecht durchzuführen.

Abschließend geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein. Er führt dabei aus, dass mit der vorliegenden Information I0216/10 versucht wurde, Transparenz in die Haushaltsplanung zu bringen. Er kann nachvollziehen, dass das Umdenken von Kameralistik zur Doppik sehr schwer ist.

- 9.17. Aktueller Stand des Vorhabens Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee im September 2010 I0207/10
-

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper, ob er garantieren kann, dass die Baumaßnahme Tunnelbau mit der Zahl von 44,7 Mio Euro abgerechnet werden kann oder ob es Hinweise gibt, dass diese Summe möglicherweise überschritten wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass er keine Garantie geben kann, ob die Summe eingehalten werden kann. Er merkt an, dass er in seiner Funktion als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg alles tun wird, um eine Überschreitung der Kosten zu verhindern.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anlage 1 - persönliche Erklärung der Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion
Anlage 2 - Präsentation der Gleichstellungsbeauftragten zum TOP 9.2

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Boeck, Hugo

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Danicke, Martin

Gärtner, Matthias

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Haller, Sven

Hein, Rosemarie Dr.

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Langnickel, Kai

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Reppin, Bernd

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schumann, Andreas

Schumann, Carola

Schuster, Hans-Jörg

Siedentopf, Uta

Stern, Reinhard

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.

Westphal, Alfred

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.

Luther, Silke

Abwesend

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Bork, Jana

Budde, Andreas

Czogalla, Olaf

Hans, Torsten

Hofmann, Andrea

Pott, Alexander Prof.Dr.

Rogèe, Edeltraud

Rohrßen, Martin

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Stage, Mirko

Szydzick, Claudia